

Sächsische Volkszeitung

Redaktion: Dresden-N., Vaterstraße 17, Fernruf 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania-Druckerei und
Verlag 24, am G. Winkel, Poststraße 17, Fernruf 21012,
Postfach: Nr. 1025, Bank: Gläubiger Dresden Nr. 24707

Sonnabend, 3. August 1935

Im Falle von höherem Gewalt, Verbot, eintretender Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer oder Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, verspätet oder nicht erscheint. — Verlagsort Dresden.

Tausende wallen nach Tannenbergs

Das 1. Jahresgedächtnis Hindenburgs

Hohenstein, 2. August.

Nach dem wochenlangen Regenwetter ist wieder ein wundervoller Morgen angebrochen. Am klarblauen Himmel steht die Sonne, und es verspricht, ein heißer Tag zu werden, so wie vor einem Jahr der Tag war, an dem der Feldmarschall starb, zu dessen Gedenken schon seit dem frühen Morgen Tausende eine stille Wallfahrt angetreten haben. Ostpreussische Frontkämpferwitwen waren die ersten, die dem großen Toten Blumen zu Füßen legten. Von den hochragenden Türmen des Tannenbergsdenkmals wehen die Fahnen auf Halbmaß.

Um 7 Uhr früh marschiert ein Ehrenzug des Infanterieregiments Allenstein am Denkmal auf, und um 8 Uhr marschieren die Ehrenwache an. Die Posten treten unter Gewehr, scharf halten ihre Schritte durch den weiten Ehrenhof. Ein Doppelposten steht zu beiden Seiten des wuchtigen Eingangstores, vor dem Eingang zum Gratturm und neben dem Sarkophag. Den Boden des Turmes bedeckt ein Teppich von Rosen und Tannenzweigen. Auf dem schwarzen Grunde der Innenwand heben sich 4 riesige brennende Wächserkerzen ab. Wie aus Erz gehauen stehen zu Häupten des Sarkophags die Posten. Zahllose Kränze werden in den Ehrenhof getragen. Die Tochter des Generalfeldmarschalls, die Stadt Königsberg, die Betriebsgemeinschaft des Hauses Neudeck und viele andere haben Kränze gestand. Um 8.30 Uhr betritt

der Sohn des Generalfeldmarschalls,

Generalmajor von Hindenburg die Gruft und legt einen Kranz nieder. Nach Augenblicken stillen Verweilens verläßt der Guts- herr von Neudeck den Ehrenhof.

Von 10 Uhr ab wird der Zustrom der Wallfahrer immer stärker. Größere Abordnungen des Anstaltersbundes erscheinen. 53. marschieren in kleinen Trupps hinter ihren Wimpeln in das Denkmal ein. Zimmer neue Kränze werden hineingebracht. Ministerpräsident General der Flieger Göring hat einen Kranz gestand, dessen Schleife die Aufschrift trägt „Das dankbare Preußen“. Einen Kranz haben ferner die Betriebsgemeinschaft der Güter Neudeck-Vogelstein und der Freudenwald gestand. Kameraden des ehemaligen Infanterieregiments Generalfeld- marschall von Hindenburg, 2. Infanterisches Nr. 147, sind mit einer Nachbildung der Fahne des Regiments erschienen. Langsam gehen die zahlreichen Besucher an der Gruft vorüber und legen ihre Blumenkränze nieder. Andächtiges Schweigen liegt über allen.

Die Vorbereitungen zur Ausgestaltung der Gruft des toten Feldmarschalls sind in vollem Gange. Am 2. Oktober, dem Geburtstag des Generalfeldmarschalls wird das Tannenbergsdenkmal eine weitgehende Umgestaltung erfahren haben. Das Tor der Gruft wird ein riesiger Findlingsblock krönen. Mächtige Freitreppen werden errichtet werden. Der Hof erfährt eine Vertiefung um 4 Meter. Tag und Nacht muß an der Ausgestaltung gearbeitet werden, um die festgesetzte Zeit innezuhalten. Wenn die vielen Wallfahrer des heutigen Tages das Denkmal wieder verlassen haben, werden von den Türmen wieder die Donnerstöße hallen.

Ungarn und die Frage der Restauration

Budapest, im Juli.

Das österreichische Habsburgergeheiß wurde in Ungarn ziemlich ruhig aufgenommen. Die Regierungspresse erklärte übereinstimmend, daß es sich beim österreichischen Habsburgergeheiß eigentlich um ein juristisches Geheiß innerpolitischer Natur handle. Die Rückgabe der einstigen Habsburgergüter an die Habsburger wie auch ihre Rückkehr nach Oesterreich stelle ausschließlich einen juristischen Akt dar. Denselben Akt habe Ungarn bereits nach dem Zusammenbruch des Bolschewismus in Ungarn vollzogen, ohne daß daraus politische Auswirkungen entstanden wären. Ungarn könne dem österreichischen Habsburgergeheiß somit ruhig entgegengehen. Die Legitimistische Presse dagegen wollte im Geheiß auch gewisse politische Zielsetzungen, zumindest aber politische Auswirkungen erblicken. Insofern hatte sie recht, als das Habsburgergeheiß in den Nachfolgestaaten hohe Wellen gehen ließ. Jugoslawien und Rumänien haben sich in der Konferenz von Simons entschieden gegen die Restauration in Oesterreich ausgesprochen. Die ungarischen Legitimisten erhoffen vom österreichischen Habsburgergeheiß aber auch für Ungarn gewisse politische Auswirkungen. Zunächst glauben sie, von der Entwicklung in Oesterreich das Erstarken der legitimistischen Bewegung in Ungarn erwarten zu dürfen. Um eine eventuelle glücklichere Atmosphäre für den Legitimismus auszunutzen, hat Graf Sigay die Zeitschrift „Korunk Szava“ bereits angekauft, die für den legitimistischen Gedanken, namentlich in den Reihen der jüngeren Intelligenz, werben soll. Die legitimistische Presse wie auch die legitimistischen Organisationen planen außerdem zu Beginn des politischen Lebens im Herbst eine zielbewusste und großzügige Aktion einzuleiten. Seitdem die Führung der legitimistischen Bewegung den Händen der militanten Legitimisten entglitten ist, und die neuen Führer des Legitimismus die legitimistische Politik mit Verantwortung betreiben, können sie gewisse Fortschritte und moralische Eroberungen verbuchen. Auf einen Sieg des legitimistischen Gedankens kann daraus freilich noch nicht geschlossen werden.

Die legitimistische Frage ist in Ungarn nicht so einfach. Sie ist nicht so sehr eine Machtfrage, als vielmehr eine geschichtliche und politische Problem. Gemäß die Nachfolgestaaten dulden heute eine Restauration in Ungarn nicht. Voraussetzungen werden sie in der Restauration auch in der Zukunft eine Gefährdung ihrer Grenzen und Interessen erblicken. Wenn die ungarische Restaurationstrategie ausschließlich eine Machtfrage wäre, ließe sich eine Verchiebung der Kräfteverhältnisse denken, die eine Restauration zur Folge haben würde. Die Restauration in Ungarn ist aber ein von den Nachfolgestaaten unabhängiges nationales Problem, dessen Verwirklichung die Beseitigung zahlreicher psychologischer, geschichtlicher und nationaler Schwierigkeiten erfordert. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Legitimisten bezüglich ihrer genaueren Zielsetzungen selbst unter sich nicht ganz eines Sinnes sind. So z. B. fordert der Legitimistenführer Nikolaus Giger mit seinem Anhang die Lösung des Legitimismus in einem Sinne, der die Tür für einen gemeinsamen ungarischen König und österreichischen Kaiser offenläßt. Das heißt: Giger will mittels einer staatsrechtlichen Gemeinamkeit zwischen Ungarn und Oesterreich — unter veränderten Verhältnissen — die Wiederherstellung der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie anstreben. Diese Auffassung lehnt aber jene Richtung der Legitimisten ab, die sich zum nationalen König- tum bekennen, wie es vom Grafen Apponyi verkündet wurde. Graf Apponyi unterzog zwar nach dem Krieg sein politisches Glaubensbekenntnis Oesterreich gegenüber einer Kritik und gestand offen ein, daß seine frühere Politik vielfach verfehlt war, dennoch konnte er an seine, wie immer geartete Gemeinamkeit Ungarns mit Oesterreich glauben und forderte für seinen Legitimismus all jene nationale Tribute, ohne die ein selbständiges und unabhängiges Königtum nicht denkbar ist.

Im Grunde genommen sind die geschilderten Gedanken- gänge graue Theorie. Die Verwirklichung oder die Nicht- verwirklichung der Königsfrage hängt von jener ungarischen Politik ab, die nach den zwei mihlungenen Fürsten König Karls vom Grafen Bethlen eingeleitet und von Julius Gombos organisch weiter ausgebaut und vertieft wurde. Diese Politik sagt nicht nur, daß die Königsfrage heute in- aktuell ist, sondern stellt zugleich auch ein geschichtliches und politisches Glaubensbekenntnis dar. Ein Glaubens- bekenntnis, nach welchem das Land und die Nation nicht für den König da seien, sondern umgekehrt: der König ist für das Land da. Wenn es in Ungarn früher geheißen hat, daß der König der erste Mann des Landes sei, so er- blickt man im König heute den ersten Diener des Landes,

Sieben Moskauer Kampfgebote

Die erste Entschließung des Kominternkongresses

Moskau, 2. August.

Die amtliche Nachrichtenagentur der Sowjet- union verbreitet heute die erste große Entschließung des 7. Weltkongresses der Komintern, die auf Grund des Rechenschaftsberichts des „deutschen“ Kommunisten wieder über die Tätigkeit des Volkswirtschaftsausschusses der kommunistischen Internationale angenommen wurde. In sieben genau formulierten Punkten werden hier kraffe Kampfauweisungen des „General- stabes der Weltrevolutionäre“ gegeben.

Einleitend billigt der Kongress im Punkt 1 die politische Gesamtklinie und die praktische Tätigkeit des ERK (Exekutio- nskomitee der kommunistischen Internationale).

Im Punkt 2 werden die Anbiederungsversuche der Kominter- nern vom März 1933, Oktober 1934 und April 1935 gegenüber der 2. Internationale zur Bildung einer kommunistisch-marxi- stischen Einheitsfront geschildert und das Bedauern ausgespro- chen, daß sich das Exekutivkomitee der 2. Internationale bisher ablehnend verhalten habe. Angesichts der Tatsache aber, daß zur Zeit in einigen Ländern die Sozialdemokraten im Hand- in-Hand mit den Kommunisten marschieren, verpflichtet der Kom- munistenkongress seinen Volkswirtschaftsausschuss und alle kommunisti- schen Parteien der Welt, künftig überall die Bildung der Ein- heitsfront unbedingt zu erreichen.

Ausgehend von der angeblich gemachten Feststellung, daß die kommunistischen Lösungen eine immer härtere revolutionäre Einwirkung auf die Massen ausüben, verpflichtet der Kongress im Punkt 3 die einzelnen Sektionen der Komintern, in kürzester Frist den Anschluß an die Sozialdemokraten zu finden und die bisher oft abstrakten Methoden der kommunistischen Agita- tion und Propaganda zu ändern und sie den unmittelbaren Rö- ten und Interessen der Massen anzupassen.

Der Punkt 4 zählt eine große Reihe Mängel in der Kominternarbeit auf wie: die verspätete Durchführung der Einheitsfrontbildung, das Nichtzustandekommen einer Mas- senmobilisierung zur Durchsetzung von politischen und wirtschaft- lichen Einzelforderungen, das mangelnde Verständnis für die Notwendigkeit der Verteidigung der Überreste der bürgerlichen Parteien sowie das mangelnde Verständnis für die Bildung einer antikapitalistischen Front in den Kolonialländern und für die Zerstückelungsarbeit in den faschistischen Gewerkschaften sowie innerhalb anderer von bürgerlichen Parteien errichteter Verei- nigungen, und schließlich die Unterschätzung der Agitationsarbeit unter den Frauen, den Bauern und dem Kleinbürgertum.

Daher wird angeordnet:

- a) die besonderen Bedingungen und Eigenarten des jewei- ligen Landes unbedingt zu berücksichtigen und sich einer un- mittelbaren Einmischung in die inneren organisatorischen Ange- legenheiten der kommunistischen Länderparteien zu enthalten;
- b) in den einzelnen Länderparteien zuverlässige Stabes- und originalbolschewistische Funktionäre heranzuziehen, damit die Parteien bei einer plötzlichen Wendung der Lage schnell und selbstständig die richtigen politischen und taktischen Entschlüsse fassen können;
- c) den kommunistischen Parteien in ihrem ideologischen Kampf mit politischen Gegnern tatkraftige Hilfe zu gewähren;
- d) bei jeglicher Hilfe von der Übertragung der wichtigsten Erfahrungen in dem einen Lande mechanisch auf das andere

sowie der Anwendung der Schablone und allgemein-kommuni- stischer Formeln abzusehen.

Der Punkt 5 stellt eine neue gefährliche Finte der Zer- setzung der Jugend dar. Danach sollen nämlich die Mit- glieder der kommunistischen Jugendverbände nicht mehr geschlos- sen auftreten, sondern verpflichtet werden, einzeln den bürger- lich-demokratischen, den faschistischen und den religiösen Ju- gendverbänden gewerkschaftlicher, kultureller und sportlicher Art beizutreten. Hier sollen sie den Kampf gegen eine Militarisie- rung des Vagabundens und gegen den Arbeitsdienst der Jugend- lichen führen, um eine breite Einheitsfront der nichtfaschistischen Jugend zu organisieren.

In der Annahme, daß die Einheitsfrontbildung trotz Wi- derstandes einzelner sozialdemokratischer Parteiführer andau- ernd fortschreite, wird in Punkt 6 den kommunistischen Par- teien auferlegt, ihr Augenmerk auf die weitere Festigung der eigenen Reihen und auf eine Eroberung der Mehrzahl der Ar- beiterklasse zu richten.

Zum Schluß laßt der Kominternkongress in Punkt 7 seine Kampfgebote dahin zusammenfassen, daß es nur von der Kraft und dem Einfluß der kommunistischen Parteien auf die breiten Mas- sen des Proletariats sowie von der Energie und der Selbstlosig- keit der Kommunisten abhängt, die heranreifende Krise in eine „siegreiche proletarische Weltrevolution“ (1) zu verwan- deln.

Saarverwaltung an die nationalsozialistischen Grundsätze angepaßt

Berlin, 2. August.

Reichsinnenminister Dr. Frick hat eine Verordnung über die Anpassung der Landesverwaltung im Saarland an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates erlassen, die am 1. August in Kraft getreten ist. Unter anderem wird darin be- stimmt, daß die Zuständigkeiten der Kreis- und Bezirksräte auf die Ausschüsse übergehen. Die Kreis- und Bezirksaus- schüsse sind bis zum 30. September 1935 neu zu bilden. Sie bestehen aus dem Landrat und 6 ehrenamtlichen Mitgliedern. Die ehrenamtl. Mitglieder ernannt der Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes kommissarisch. Gleichzeitig ist die deutsche Gemeindeordnung im Saarland ein- geführt worden. Die Aufgaben des Reichsstat- halters nach der Gemeindeordnung nimmt der Reichs- kommissar für die Rückgliederung des Saarlandes wahr. Stadt- kreis im Sinne der deutschen Gemeindeordnung ist die Stadt Saarbrücken.

Eine Anordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz

Köln, 2. August.

Die Pressestelle des Oberpräsidenten teilt mit: Der kommissarische Oberpräsident der Rheinprovinz hat auf Grund der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 das „Arbeitsapostolat katholischer Frontkämpfer“ im Bereich der Rheinprovinz mit sofortiger Wirkung aufgelöst, weil die Führung kommunistischer Frontkämpferverbände nur geeignet ist, zur Spaltung der Volks- gemeinschaft zu führen und in die Frontkämpfer konfessionelle Gegenkräfte hineinzutragen.